

## Wohin führt Russlands Weg?

Ich war bisher stolz und dankbar, in einer Zeit zu leben, in der es seit fast 77 Jahren keinen europäischen Angriffskrieg auf einen anderen Staat mehr gegeben hat. Ein derart lange Friedensepoche hat es in Europa noch nie gegeben. Meine Kindheitsjahre waren geprägt von der Not in der unmittelbaren Nachkriegszeit nach dem Zweiten Weltkrieg, meine Jugendjahre vom Kalten Krieg zwischen der Sowjetunion und der NATO und meine Jahre als Erwachsener vom Wandel durch Annäherung zwischen Ost und West mit völkerrechtlichen Vereinbarungen über die Souveränität und Unverletzlichkeit der Territorien der europäischen Staaten. Mit einem Bruch des Völkerrechts und einer militärischen Invasion in einen unabhängigen europäischen Staat habe ich nicht gerechnet.

Europa und insbesondere Deutschland haben in der Vergangenheit zu sehr darauf vertraut, dass vertiefte Wirtschaftsbeziehungen zu Russland durch gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten ein Garant für ein friedliches Zusammenleben sind („Wandel durch Handel“). Da haben wir uns getäuscht, auch ich persönlich.

In der Energiepolitik haben wir, eine Industrienation ohne eigene Rohstoffressourcen, uns insbesondere von russischem Erdgas in einer Weise abhängig gemacht, die rational betrachtet unverantwortlich ist. So technologisch und wirtschaftlich sinnvoll es auch war, Erdgas durch eine Pipeline direkt von der Rohstoffquelle zu beziehen statt verflüssigten Gases per Tanker aus dem Nahen Osten oder Amerika, wir hätten die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Russland rechtzeitig erkennen und die energiepolitische Abhängigkeit verringern müssen.

Viele Russen (immer noch die meisten?) betrachten Putin als einen Glücksfall der neueren russischen Geschichte. Sie haben schlechte Erinnerungen an die 1990er Jahre. Sie sehen darin keine Epoche der Demokratisierung, kein Ende eines totalitären Systems, sondern eine Herrschaft der Anarchie, geprägt durch Willkür, Gewalt, Armut. Spricht man mit Russen, dann loben sie Putin dafür, dass er das beendet habe, dass er für sichere Rentenzahlungen gesorgt habe und dass überall im Land gebaut werde. Es konnte sich eine Mittelklasse etablieren, die einen Wohlstand wie im westlichen Europa anstrebt: mit ausreichendem Einkommen, Auto, modernen Haushalts- und Telekommunikationsgeräten und Urlauben im Ausland.

Finanziert wurde das nicht durch eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, sondern durch steigende Erlöse aus dem Export von Öl und Erdgas. Putin hat die enormen Einnahmen aus dem Export fossiler Brennstoffe (allein ca. 300 Millionen Dollar pro Tag aus Ölexporten und ca. 200 Millionen Dollar pro Tag aus Gasexporten) vorrangig in die Aufrüstung seiner Armee und die Entwicklung neuer Waffensysteme gesteckt, statt eine international wettbewerbsfähige heimische Wirtschaft zu entwickeln. Deshalb ist Russland heute wirtschaftlich immer noch davon abhängig, fossile Brennstoffe zu exportieren. Die Rüstungsindustrie war bisher der einzige international erfolgreiche Industriezweig. Daneben hat sich Russland zum weltweit größten Weizenexporteur entwickelt, was der enormen Flächenverfügbarkeit des größten Staates der Erde zu verdanken ist.

Der wirtschaftliche Zusammenbruch der Sowjetunion hat Putin gelehrt, dass Marktkonkurrenz staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft weit überlegen ist. 1999 attestierte der damalige russische Ministerpräsident Putin seinem Land multiple Schwächen: ein nicht funktionierendes Rechtssystem, geringe Investitionen, technologische Rückstände. Zwar gab es marktfreundliche Reformen

zu Beginn von Putins erster Zeit als Präsident Russlands. Aber Russland hätte einen grundlegenden strukturellen Wandel vollziehen müssen, um die Dominanz des Rohstoffsektors, seit Jahrzehnten die Stütze der russischen Wirtschaft, zu durchbrechen und Raum für neue Sektoren in der verarbeitenden Industrie zuzulassen. Stattdessen verharrt Russland in einer Rohstoffökonomie. Mängel im Ordnungsrahmen, robuste Korruption und ineffiziente Bürokratien verursachen Unberechenbarkeit und entwerfen die Investitionsbedingungen in Russland. Die Oligarchen investieren ihr Kapital lieber im Westen, bevorzugt verdeckt über dubiose Tarnfirmen in Steueroasen.

Die chaotische Umbruchphase vom Sozialismus über den Raubtierkapitalismus hin zur heutigen Kleptokratie in Russland haben skrupellose Investoren Anfang der 1990er Jahre genutzt, um immense Vermögen anzuhäufen: die Oligarchen. Auch die Sicherheits- und Geheimdienstorganisationen waren dabei, als es darum ging, die Besitzstände der ehemaligen Sowjetunion zu plündern. Gewaltbereitschaft und Agieren außerhalb staatlicher Kontrolle waren Mittel zum Zweck, die in der Nomenklatura der sowjetischen Herrschaft erworbenen Besitzstände zu retten und zu verteidigen. So ist neben den Oligarchen mit den sogenannten „Silowiki“ in Russland eine oberste Gesellschaftsschicht entstanden, die neben den Oligarchen alle wirtschaftliche Macht in den Händen hält.

Das russische Wort „Sila“ bedeutet „Kraft“, „Macht“, „Gewalt“. Silowiki sind also jene gesellschaftlichen Kräfte, die Macht durch die Ausübung von Gewalt erlangen. In Putins 20-jähriger Amtszeit hat eine massive Umschichtung privatisierter Vermögenwerte zugunsten der Silowiki stattgefunden. Sie sind enge Vertraute Putins aus den 1990er und frühen 2000er Jahren, die verantwortliche Posten bekleiden in den „Machtministerien und -behörden“ (die befugt sind, bewaffnete Gewalt gegen „Bedrohungen der nationalen Sicherheit“ einzusetzen) und in den Staatsunternehmen. Die Silowiki besetzen heute die politischen Spitzenpositionen und neben den Oligarchen die Schlüsselpositionen der Wirtschaft in Russland. Sie führen die in staatlichem Besitz befindlichen Gas- und Ölkonzerne und kontrollieren damit den wichtigsten Teil der russischen Wirtschaft. Die Sicherheitsdienste sind darüber hinaus in alle möglichen Arten von Schutzgeldgeschäften, Erpressung und „feindlichen Übernahmen“ von Unternehmen verwickelt. Diese Aktivitäten reichen vom Eintreiben von Schutzgeldern durch niederrangige Polizisten bis zu Enteignungen von Unternehmen, an denen sich Offiziere der Sicherheitskräfte beteiligen. Die Gesellschaftsordnung, die Putin in Russland aufgebaut hat, ist eine radikale Version des modernen neoliberalen Kapitalismus, in dem die Gier herrscht, in dem das Maß aller Dinge der persönliche Wohlstand ist.

An der Spitze der kleptokratischen Pyramide steht Wladimir Putin. Weshalb sollte nicht auch er korrupt sein? Belege dafür gibt es allerdings nicht. In den „Panama-Papers“ oder anderen investigativen Veröffentlichungen taucht sein Name nicht auf. Es fällt aber auf, dass enge Freunde von Putin Eigentümer von Tarnfirmen sind, die weder hohe politische Ämter bekleiden noch Unternehmer sind und deshalb keine hohen eigenen Vermögen angehäuft haben dürften. Sie könnten Strohmänner von Putin sein. Soweit innerhalb Russlands Putin Luxusimmobilien zugeschrieben wurden, fand sich bisher immer ein willfähriger Oligarch, der sich als wahrer Eigentümer ausgab.

Eine Machtvertikale ist das Strukturprinzip des russischen politischen Systems. Ihre Funktionslogik beruht auf der zentralen Ausrichtung aller Institutionen, Strukturen und Akteure in Politik und Wirtschaft auf die Person des Präsidenten. Zu Anfang seiner Herrschaft brach Wladimir Putin die Macht vieler Gouverneure und konsolidierte die uneingeschränkte Vorherrschaft des Kremls.

Gouverneure werden zwar gewählt, ob sie aber als Kandidat zur Wahl zugelassen werden, darüber entscheidet Putin. Und er kann jeden Gouverneur zu jeder Zeit absetzen und durch eine andere Person seiner Wahl ersetzen. Parallel zur Aushöhlung des Föderalismus stellte Putin die russischen Oligarchen von Anfang an vor die Wahl, sich entweder politisch unterzuordnen oder verfolgt bzw. aus dem Land gedrängt zu werden.

Seitdem die Silowiki eine Macht im Staat geworden sind, ist die Politik der russischen Regierung im Inneren sichtbar repressiver geworden und hat außenpolitisch zunehmend aggressive Züge angenommen. Als größte Bedrohung ihres Besitzstandes sehen die Silowiki Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Demokratische Wahlen hat es in der Sowjetunion nicht gegeben und gibt es auch nicht in der Russischen Föderation. So dürfen beispielsweise Personen mit einem Eintrag einer „extremistischen Straftat“ im Strafregister erst fünf Jahre nach der Löschung dieses Eintrags (falls er gelöscht wird) wieder wählen. Wer alles als Extremist zählt, ist nicht klar geregelt. Der Extremismusbegriff ist so diffus, dass er gegen alle, die der Kreml als Feinde des Putin-Regimes wahrnimmt, angewendet werden kann. Von einem Gericht zu „Extremisten“ erklärten Bürgern kann das passive Wahlrecht für drei bis fünf Jahre entzogen werden und Kandidaten für eine Wahl zur Duma, die mit „ausländischen Agenten“ in Verbindung stehen, müssen ihre Kampagnen und Wahlkampfmaterialien sichtbar mit einer Plakette kennzeichnen. Ein „ausländischer Agent“ ist eine in einer zentralen Datei gelistete Person oder Institution, die Fördermittel oder Unterstützung aus dem Ausland erhält und sich „politisch betätigt“.

Eine strikte Trennung von Legislative, Exekutive und Judikative gibt es in Russland nicht. Rechtsstaatlichkeit wird durch Korruption in den Strafverfolgungsbehörden und der Justiz ersetzt. „Was ist der Unterschied zwischen einem Staat und einer Räuberbande?“ Diese Frage hat der Philosoph Augustinus im 5. Jahrhundert gestellt. Seine Antwort: „Es ist das Recht, was einen Staat ausmacht, eine Räuberbande steht vor allem für Willkür“. In diesem Sinne ist Russland eine Räuberbande. Wer Polizei, Staatsanwalt und Richter durch Korruption auf seine Seite zu ziehen versteht, kann jeden durch gefälschte Dokumente behaupteten Rechtsanspruch durchsetzen. Silowiki müssen Strafverfolgung nur befürchten, wenn sie Putin zu mächtig oder unbequem werden oder sich ihm gar widersetzen. Die Strafverfolger finden oder erfinden dann strafbare Rechtsverstöße, bringen sie zur Anklage, und der Kreml sorgt für eine Verurteilung durch willfährige Richter. Wie hoch eine Strafe auch immer ausfällt und ob unrechtmäßig angehäuften Vermögen eingezogen werden oder nicht, – die Propaganda kann dann dem Volk wieder einmal vorgaukeln, dass Putin rigoros gegen Korruption vorgeht.

In den frühen 2000er Jahren versuchte Putin, in der internationalen Gemeinschaft stärker aktiv zu werden, indem er eher auf Zusammenarbeit, denn auf Konfrontation setzte. Dies änderte sich ab den späten 2000er Jahren, zunächst langsam, dann mit Beginn von Putins dritter Amtszeit als Präsident 2012 markant. Seither hat sich Putins offenbarte Weltsicht stark verändert, insbesondere was die zunehmend zynische Sicht auf westliche politische Normen und Institutionen anbelangt. Für diesen Wandel in Putins Weltsicht war eine Reihe von Faktoren verantwortlich. Ein wichtiger Faktor war, dass der Westen Putins Angebote zur Zusammenarbeit nicht ernst genommen hat. Oft wurde Russland eher wie ein Juniorpartner behandelt und nicht wie eine Weltmacht, die Russland in Putins Augen immer war. Höhepunkt war, dass Obama Russland öffentlich als Regionalmacht bezeichnete. Das wollte Putin ändern. Er kappte alle multilateralen Bindungen und schmiedete planmäßig ein Bündnis mit dem „globalen Süden“ und dem asiatischen Rivalen China gegen den „kollektiven Westen“.

Eine blutige Spur rücksichtsloser Gewalt markiert Putins politischen Weg.

- 1999: Durch den Inlandsgeheimdienst FSB wurden zwei Wohnblöcke in Moskau durch Explosionen völlig zerstört, 119 Menschen starben. Aber Ministerpräsident Putin machte tschetschenische Rebellen dafür verantwortlich. „Wir werden die Terroristen überall verfolgen. Wenn sie, Entschuldigung, auf der Toilette sind, werden wir sie auf dem Klosett kaltmachen,“ brüstete er sich öffentlich und führte Russland in den Zweiten Tschetschenienkrieg. Der war geprägt von Bombardierungen ziviler Ziele, Verhaftungen und Hinrichtungen bis hin zur Folter unter dem Deckmantel einer Friedensmission, um Russland von Terroristen zu befreien. Die tschetschenische Hauptstadt Grosny wurde in Schutt und Asche gelegt.
- 2002: 40 bis 50 bewaffnete Geiselnnehmer der separatistischen Bewegung Tschetscheniens brachten im Moskauer Dubrowka-Theater 850 Menschen in ihre Gewalt. Spezialeinheiten des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB betäubten Geiseln und Geiselnnehmer über das Ventilationssystem des Theaters mit einer Chemikalie. Die mit Gasmasken geschützten FSB-Einheiten stürmten das Theater und töteten alle Terroristen durch Kopfschüsse. 5 Geiseln wurden von den Terroristen getötet, 125 Geiseln starben durch das Gas.
- 2004: Nordkaukasische Terroristen brachten mehr als 1.100 Kinder und Erwachsene in einer Schule in der nord-ossetischen Stadt Beslan in ihre Gewalt. Bei der Erstürmung des Gebäudes durch russische Einsatzkräfte starben 331 Geiseln.
- 2008: Im Kaukasuskrieg ist Russland erstmals unter Missachtung des Völkerrechts in einen souveränen fremden Staat eingedrungen. Nach dem Ende der Sowjetunion kam es in den georgischen Provinzen Abchasien und Südossetien zu von Russland unterstützten nationalistischen Unabhängigkeitsbewegungen mit bewaffneten Konflikten. Im Sommer 2008 griff die georgische Armee mit einer Luft- und Bodenoffensive separatistische Kräfte in Südossetien an. Daraufhin marschierten russische Truppen in Südossetien und Abchasien ein und besetzten weitere Teile des georgischen Stammlands. Der 5 Tage dauernde Krieg forderte 850 Menschenleben. Russland erkannte Abchasien und Südossetien als unabhängige Staaten an und hat seitdem Soldaten dort stationiert.
- 2014: Russland annektierte 2014 in Reaktion auf den Kiewer „Euromaidan“ die Krim und entfachte einen Krieg im Osten der Ukraine. Von Russen angeführte paramilitärische Gruppen stürmten im gesamten Donbas Polizeistationen und Regierungsgebäude und riefen die Volksrepubliken Donezk und Luhansk aus. Die separatistischen „Volksrepubliken“ sind vollständig von Russland abhängig und haben diktatorische Regierungsstrukturen aufgebaut. In den andauernden Kämpfen zwischen den Separatisten und der Ukraine verloren mehr als 3.400 Zivilisten ihr Leben. Ein ziviles Passagierflugzeug wurde am 17. Juli 2014 über einem Dorf in der Oblast Donezk von einer russischen Buk-Boden-Luft-Rakete abgeschossen, wobei alle 298 Menschen an Bord getötet wurden. Auf der Krim ließ Putin durch bewaffnete Soldaten ohne Rang- und Hoheitszeichen auf den Uniformen von Sewastopol aus, dem vertraglich gesicherten Stützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte, strategisch wichtige Punkte auf der Krim besetzen. Bewaffnete Kräfte, die das Regionalparlament besetzten, forderten die umgehende Festsetzung eines Termins für ein Referendum über die staatliche Zugehörigkeit der Krim zu Russland. Zutritt zu der von schwer bewaffneten Soldaten kontrollierten, nicht öffentlichen Sondersitzung des Parlaments erhielten nur persönlich vom Politiker Sergej Aksjonow von der Partei „Russische Einheit“ eingeladene Abgeordnete. In dem am 16. März 2014 abgehaltenen Referendum sollen mehr als 95% der Wahlberechtigten für eine „Wiedervereinigung der Krim mit Russland mit den Rechten eines Subjekts der Russischen Föderation“ gestimmt haben (darunter nach amtlichen Angaben 123% [!] der in Sewastopol registrierten Wähler).
- 2015: Die Russische Föderation greift auf Bitten des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad in den syrischen Bürgerkrieg ein und kann in Syrien eine im Nahen Osten strategisch wichtige Basis für russische Schiffe und Flugzeuge etablieren. Russische Kampffjets bombardieren

Städte und Dörfer unter Kontrolle rebellierender Bürger. Offiziell sollen sie islamistische Terroristen bekämpfen. Tatsächlich treffen sie vor allem die Bevölkerung. Zugleich testet Putin mehr als 200 Waffensysteme: Präzisionswaffen, die von Schiffen und U-Booten abgefeuert werden, neue Kampffjets, Drohnen, bunkerbrechende Raketen, Aufklärungstechnik. Ziele sind Objekte der zivilen Infrastruktur des Landes, insbesondere die Strom- und Wasserversorgung, Kliniken, Schulen, Bäckereien und Märkte. Gegen die Bevölkerung kommt international geächtete Streumunition zum Einsatz. Die Stadt Aleppo wird umzingelt und von der Außenwelt abgeschnitten, die Bevölkerung ausgehungert. Die von Rebellen kontrollierten Gebiete Ost-Aleppos werden total zerstört. 5,6 Millionen Syrer flohen aus dem Land, 23.000 Zivilisten sind durch russische Waffen in Syrien ums Leben gekommen.

- 2022: Am 24. Februar 2022 begann ein groß angelegter Angriff auf die Ukraine durch die russische Armee aus mehreren Richtungen mit dem vermuteten Ziel, die ukrainische Regierung zu stürzen und durch ein prorussisches Regime zu ersetzen. Die russischen Truppen zogen sich nach unerwarteten schweren Verlusten ab Ende März 2022 aus dem Norden und Nordwesten der Ukraine zurück, um ihre Offensive auf den Osten und Südosten des Landes zu konzentrieren. Nach ihrem Rückzug wurden in den zuvor besetzten Gebieten Beweise für schwere Kriegsverbrechen der russischen Truppen gegen Zivilisten entdeckt. Die russische Offensive kam im Sommer 2022 kaum voran, und ab Ende August gelang der ukrainischen Armee im Osten und im Süden eine Gegenoffensive mit erheblichen Geländerückgewinnen. Im September 2022 verfügte Präsident Putin eine Teil-Mobilmachung Russlands, und Russland annektierte völkerrechtswidrig die ukrainischen Oblaste Luhansk, Donezk, Cherson und Saporischschja, obwohl diese nicht vollständig besetzt sind und russischer Kontrolle unterliegen. Die Kriegshandlungen Russlands dauern an. Da im Kampf gegen die ukrainische Armee keine nennenswerten Erfolge erzielt werden, ist Russland zu einer gezielten Bombardierung kritischer ziviler Infrastruktur zur Versorgung der Bevölkerung mit Strom, Fernwärme und Wasser durch Kampfbomber, Raketen und Drohnen übergegangen. Der Krieg ist zu einem Vernichtungs-, mindestens Vertreibungskrieg, gegen das ukrainische Volk geworden. Der Krieg hat bis Mitte Dezember 2022 nach Angaben des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte mindestens 6.826 Todesopfer in der ukrainischen Zivilbevölkerung gefordert, darunter mindestens 428 Kinder. Zudem wurden aufgrund des Ukraine-Krieges bisher mindestens 10.769 Zivilisten, darunter 790 Kinder verletzt. Etwa 8 Millionen Menschen sind aus der Ukraine geflohen, noch einmal etwa 6 Millionen Menschen sind Binnenflüchtlinge in der Ukraine. Über die Zahl der Verluste in den Armeen gibt es keine verlässlichen Angaben. Schätzungen gehen von bis zu 100.000 getöteter oder verletzter Soldaten auf beiden Seiten der Kriegsparteien aus.
- Zu den militaristischen Besonderheiten Russlands unter Putin zählt auch die Duldung von Privatarmeen neben der staatlichen russischen Armee. Eigentlich ahndet das russische Strafbuch Söldnertum und Existenz privater Militärfirmen mit bis zu 15 Jahren Haft. „Putins Koch“, Jewgeni Prigoschin, ist Gründer und Chef der Söldnertruppe „Gruppe Wagner“. Und der tschetschenische Präsident Ramsan Kadyrow von Putins Gnaden darf eine eigene Miliz unterhalten, weil der Kadyrow-Clan Putin einst bei der Bekämpfung der tschetschenischen Rebellen half. Beide Privatarmeen werden anstelle der regulären Armee bei heiklen Militäraktionen eingesetzt, für die im Zweifel nicht der russische Staat verantwortlich gemacht werden soll. Sie sind auch im Ukrainekrieg präsent. Prigoschin wurde sogar erlaubt, in den Straflagern Russlands kriminelle Gefangene für einen Einsatz in der Ukraine zu rekrutieren und ihnen mit Billigung der Regierung Straffreiheit nach einem 6-monatigen Einsatz an der Front zu garantieren – wenn sie denn überleben. Den für ihre Brutalität bekannten „Kadyrowzy“ werden schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen, die von Entführungen bis hin zu Folter und Tötungen reichen.

Die Entwicklung des Krieges bis heute hat Putin nicht erwartet. Mit dem Widerstand der Ukrainer und den militärischen Erfolgen der ukrainischen Armee hat er nicht gerechnet. Er war sich sicher, dass die Ukraine in 10 Tagen eingenommen sein werde. Alles war geplant und vorbereitet, auch die Propaganda mit einer Jubelnachricht über den Sieg in der Ukraine. Diese vorbereitete Jubelnachricht hat die staatliche Nachrichtenplattform RIA Novosti versehentlich am Samstag, den 05. März, für kurze Zeit online gestellt. Die russische Militäroperation habe eine neue Ära eingeläutet, schreibt RIA, vor unseren Augen sei eine neue Welt geboren. Die russische Welt, die drei Nachfolgestaaten der Kiewer Rus, Russland, Belarus und die Ukraine, würden geopolitisch als Union handeln. Russland habe seine historischen Grenzen in Europa zurückerlangt, und der Westen würde sich lautstark darüber ärgern. Russland sei dabei, seine Einheit wiederherzustellen und die Tragödie von 1991 [der Zerfall der Sowjetunion] sei überwunden. Die russischen Opfer des Krieges seien Opfer eines Bürgerkrieges, in dem Brüder aufeinander schießen. Wladimir Putin habe „ohne einen Tropfen Übertreibung“ eine historische Verantwortung auf sich genommen, indem er beschlossen habe, die Lösung der ukrainischen Frage nicht künftigen Generationen zu überlassen. Russland habe den Westen nicht nur herausgefordert, sondern ihm auch gezeigt, dass die Ära der westlichen globalen Dominanz endgültig vorbei sei.

Die russische Bevölkerung hat mehrheitlich nie gegen die gewaltgeprägte Politik Putins opponiert:

- Die Terrorismusbekämpfung in Russland gegen nordkaukasische, insbesondere tschetschenische Rebellen, wurde von den Russen immer begrüßt. Von der russischen Propaganda wurde das rücksichtslose Vorgehen des russischen Militärs gegen die tschetschenische Zivilbevölkerung mit dem Narrativ begründet, dass Tschetschenen russische Sklaven in den Kellern ihrer Häuser gefangen hielten, die es zu befreien gälte.
- Das Eingreifen Russlands in Georgien wurde von der Propaganda damit begründet, dass die Mehrheit der Südosseten und Abchasier als ehemalige Bürger der Sowjetunion die russische Staatsbürgerschaft angenommen hätten und Russland die russischen Bürger in Georgien schützen müsse.
- Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim wurde von der russischen Bevölkerung mit großer Mehrheit begrüßt. Die Krim wurde seit der Annexion im Jahr 1783 durch Zarin Katharina II. als russisches Stammland betrachtet und wird überwiegend von ethnischen Russen bewohnt. Für Putin ist die sakrale und zivilisatorische Bedeutung der Halbinsel für Russland sogar mit der des Tempelberges für Juden und Muslime vergleichbar. Dass der frühere Parteichef der Krim, Nikita Chruschtschow, im Mai 1954 als Erster Sekretär der KPdSU dafür sorgte, dass die Krim Teil der ukrainischen Sowjetrepublik wurde und nicht mehr, wie 170 Jahre zuvor ein Teil Russlands ist, wurde den meisten Russen erst durch die Selbstständigkeit des ukrainischen Staates nach dem Zerfall der Sowjetunion bewusst.
- Die Begründung für das Eingreifen Russlands im Syrienkrieg, die man von jedem Russen/jeder Russin hören kann, ist ebenso verblüffend, wie einfach: „Weil Syrien uns darum gebeten hat.“
- Die Begründung für Putins Krieg gegen die Ukraine ist da schon wesentlich differenzierter. Als sich die Sowjetunion auflöste, hat Russland die Unabhängigkeit der Ukraine – inklusive Krim – anerkannt und dies im Zuge des Budapester Memorandums von 1994 erneut bekräftigt, als die Ukraine auf ihre Nuklearwaffen verzichtete und im Gegenzug von Russland, den USA und Großbritannien Sicherheitsgarantien für die Unantastbarkeit ihrer Grenzen erhielt. Das blendet Putin bei seinen historischen Betrachtungen aus. Er erkennt die Ukraine nicht als Staat an; sie sei immer nur ein Teil Russlands gewesen, die Ukrainer

ein Teil des russischen Volkes. Putin erläutert seine historische Konstruktion eines größeren Russlands auf der Grundlage des Konzepts der „Heiligen Rus“, eines heiligen Raums, der mit der Taufe Wladimirs im Jahr 988 in der Nähe von Kiew entstand und von bestimmten Werten und Traditionen geprägt sei, die es zu erhalten und zu schützen gälte. Ein historisches Narrativ, das die Russische Orthodoxe Kirche spirituell untermauert. Putin rechtfertigt den militärischen Einmarsch in der Ukraine ausdrücklich mit der Verteidigung der orthodoxen Gläubigen gegen ein angebliches Nazi-Regime. Er bezeichnet den Zusammenbruch der Sowjetunion als „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“. „Das, was wir uns in 1.000 Jahren erarbeitet haben, war zu einem bedeutenden Teil verloren.“ Er fordert eine historisch gewachsene russische Hegemonie im ehemaligen Machtbereich der Sowjetunion zurück. Ein Selbstbestimmungsrecht ehemaliger Teilrepubliken der Sowjetunion, die heute nach internationalem Recht anerkannte, selbstständige Staaten sind, lehnt er ab, soweit er russische Interessen bedroht sieht. Zitat: „Wo Russen leben, ist Russland.“ Und in allen ehemaligen sowjetischen Teilrepubliken leben zahlreiche ethnische Russen, die dort aber nicht mehr privilegiert wie zu Sowjetzeiten und deshalb unzufrieden sind. [Zynische Nebenbemerkung: Wenn man den kruden historischen Schlussfolgerungen Putins folgen wollte, könnte man statt bis 1919 auch bis 1582 zurückgehen, als Jermak im Auftrag der Stroganows und mit Billigung von Zar Iwan dem Schrecklichen begann, Sibirien zu erobern. Hätte es diese von einem frühen Oligarchen finanzierte Annexion Sibiriens nicht gegeben, könnte Russland heute nicht die Bodenschätze Sibiriens ausbeuten.] Putin nennt in seiner Kriegsrede die ukrainische Regierung „eine Bande rauschgiftsüchtiger Nazis“, die Ukraine müsse „entnazifiziert und demilitarisiert“ werden, um den Genozid im Donbass zu beenden und die Ukraine vom Faschismus zu befreien. Das ist polemische Propaganda bar jeglicher Fakten, um Stimmung gegen die ukrainische Regierung zu erzeugen. Unausgesprochen bleibt die Angst der herrschenden Klasse, dass eine demokratische Entwicklung wie in der Ukraine auch auf Russland übergreifen könnte.

Ab 2012 begann Russland seinen Kulturkrieg gegen den Westen: das konservative, christliche Russland gegen den dekadenten, hyperliberalen Westen. Russland müsse für traditionelle Werte, wie Familie und Religion, einstehen und diese gegen die Länder des Westens verteidigen. Liberale und säkulare Werte bedeuten für die Russische Orthodoxe Kirche ein Angriff auf traditionelle Kulturen und sind gleichbedeutend mit einer Absage an das nicht-orthodoxe Christentum. Russland ist nach dieser Auffassung der letzte Halt gegen diese Bedrohung, und auf dem Gebiet der Ukraine müsse Russland nun Waffengewalt einsetzen, um die eigene Zivilisation vor der Vernichtung zu bewahren. In den Äußerungen der Kirchenleitung wird immer wieder betont, dass nicht Russland die Vernichtung und Zerstörung bringt, sondern der Westen. Patriarch Kyrill, das Oberhaupt der Russischen Orthodoxen Kirche, ruft junge Russen zum Kriegsdienst in der Ukraine auf und verspricht gar allen russischen Kämpfern in der Ukraine im Falle eines Todes an der Front die Absolution jeglicher begangenen Sünden. Dem hat – das muss auch gesagt werden – das Oberhaupt der Russischen Orthodoxen Kirche in Deutschland, Erzbischof Mark, allerdings widersprochen. Die Orthodoxe Bischofskonferenz von Deutschland spricht sich deutlich gegen den Krieg aus, und die Leitung der russisch-orthodoxen Kirche in Deutschland wird mit jedem weiteren Tag des Krieges mutiger in ihrer vorsichtigen Distanzierung von der Moskauer Kirchenleitung. Aber die Russische Orthodoxe Kirche ist eine nationale Kirche mit Doktrin, die in der gesamten russischen Orthodoxie gelten. Krieg wird zwar generell abgelehnt, es wird aber ein Recht auf Verteidigung anerkannt, auch mit Waffengewalt und außerhalb der Grenzen Russlands. Das militärische Vorgehen Russlands in der Ukraine rechtfertigt die Kirche als Verteidigung. Denn die Bevölkerung

der Ukraine ist in der Vorstellung der russisch-orthodoxen Kirche ein Teil der russischen Zivilisation. Die pro-europäischen Entwicklungen der Ukraine seien eine Bedrohung, denn sie würden diesen Teil der russischen Zivilisation zwingen, fremde Werte anzunehmen.

70 Prozent der Russen sagen, sie seien orthodox. Allerdings gehen nur wenige Menschen regelmäßig in die Kirche, empfangen Sakramente oder beten. Es ist also eher eine kulturelle Identifikation der Russen mit der Orthodoxie, weniger eine tiefe Religiosität. Darum funktioniert die politische Vermischung mit orthodoxen Argumenten einer notwendigen Verteidigung gegen die Gefahr aus dem Westen so gut. In der Kampagne gegen den „kollektiven Westen“ wird die „Intervention“ in der Ukraine zu einem Akt der Selbstverteidigung im Endkampf zwischen Gut und Böse, zwischen Familienwerten und „queerer“ Degeneration stilisiert.

Im Park Patriot in der Oblast Moskau wurde 2020 ein russisch-orthodoxes Gotteshaus als Hauptkirche der Streitkräfte Russlands eingeweiht. Der Park Patriot ist ein vom russischen Verteidigungsministerium betriebener Freizeitpark, in dem militärische Exponate gezeigt und Besucher an Kriegsspielen zur Landesverteidigung teilnehmen können. Der Kirchenbau orientiert sich an historischen Daten des „Großen Vaterländischen Kriegs“ (2. Weltkrieg). So hat die Hauptkuppel einen Durchmesser von 19,45 Metern (angelehnt an das Jahr des Kriegsendes) und eine Höhe von 22,43 Metern, was der Uhrzeit (MEZ) der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht entspricht. Eine vergoldete Figur von Jesus Christus in der Altarnische hat eine Höhe von 11.694 mm in Anlehnung an die Zahl der während des „Großen Vaterländischen Krieges“ vergebenen Titel „Held der Sowjetunion“. Metallstufen am Eingang der Kirche bestehen aus eingeschmolzenen deutschen Waffen. So wird das faschistische Deutschland symbolisch von Jedem mit Füßen getreten, der die Kirche betritt. Die Fassade wurde tarnfarbengrün gestaltet und die verglasten Deckengewölbe mit Abbildungen militärischer Orden verziert. Eine Vielzahl von Mosaiken im Innern der Kirche stellen historische Militärszenen und Persönlichkeiten der russischen Militärgeschichte bis in die Gegenwart dar. Umstritten waren zwischenzeitlich Wandmosaiken, die Putin in Zusammenhang mit der Annexion der Krim und Stalin in Verbindung mit der Moskauer Siegesparade von 1945 verklären sollten. Aufgrund wachsender interner Kritik wurden diese Mosaiken vor der Einweihung der Kirche wieder entfernt. In meinen Augen ist der Kirchenbau Stein gewordene Blasphemie, ein Kriegstempel, aber kein christliches Gotteshaus.

Seit 2003 ist Russland durch „Web-Brigaden“ mit fingierten Identitäten im Internet unterwegs, um die öffentliche Stimmung in Online-Foren und den Kommentarbereichen von Nachrichtenseiten im Sinne der russischen Regierung zu beeinflussen. Innerhalb Russlands sind es die russischen Fernsehsender, die einen enormen Einfluss auf die Meinungsbildung russischer Bürgerinnen und Bürger haben, denn deren bevorzugtes Informationsmedium ist das Fernsehen. In vielen russischen Haushalten läuft fast ständig ein Fernseher. Alle staatlichen und staatsnahen russischen Fernsehsender senden Polit-Shows, manche Sender sogar mehrmals täglich. Das sind keine moderierten Talkshows mit prominenten Politikern, Journalisten oder Experten, die sich frei zu aktuellen Themen äußern, sondern sie dienen der Verbreitung politischer Propaganda in inszenierten Show-Veranstaltungen. Es wird der Anschein von Live-Diskussionen vermittelt, aber sie folgen einem vorgefertigten Drehbuch und sind aufgezeichnet. Es treten immer wieder dieselben Gäste und sogenannten Experten auf, die eine bestimmte Position – Freund oder Feind Russlands – vertreten. Emotionale Steigerungen werden in solchen Talkshows unter anderem mithilfe von lautem Brüllen, verbalen oder physischen Attacken, Schockbildern oder erfundenen Gräueltaten erzeugt. Die Inszenierungen der Talkshows dienen der Verstärkung von Feindbildern: Liberaloppositionell gesinnte gegen patriotisch-konservative Diskutanten, die letztlich dominieren, ihre Kontrahenten diffamieren und als „Sieger“ hervorgehen. Die Moderatoren moderieren nicht, sie

greifen mit eigenen Kommentaren oder auch Zurechtweisungen, nicht selten unterhalb der Gürtellinie, steuernd ein. Das russische Fernsehen ist zu einer Dauerpropaganda-Sendung mutiert. Der „Erste Kanal“ sendet gegenwärtig 12 Stunden am Tag Nachrichten und Propaganda. Selbst beliebte Unterhaltungs-Sendungen, wie zum Beispiel die traditionellen Sylvester-Shows, werden genutzt, um gegen die „Feinde aus dem Westen“ zu polemisieren.

Unabhängige Medien sind in Russland nicht mehr offen zugänglich. Das betrifft sowohl Printmedien wie auch Rundfunk und Fernsehen, Internetseiten oder Soziale Netzwerke. Russische Bürger sollen nur noch Informationen erhalten, die vom Staat vorgegeben oder geduldet werden. Weit verbreitet in Russland als Pendant zum gesperrten Facebook ist das russische soziale Netzwerk „VK.com“ (steht als Kürzel für „В Контакте“ = „in Verbindung“), das unter staatlicher Kontrolle steht. Als Messenger-Dienst steht „Telegram“ zur Verfügung, von Russen entwickelt, als Unternehmen in Dubai ansässig. YouTube und Skype von Google sind weiter zugänglich.

Für Schulkinder hat der Kreml Ende 2022 einen verpflichtenden Heimatunterricht „Gespräche über wichtige Dinge“ eingeführt mit dem erklärten Ziel, „traditionelle russische geistige und moralische Werte zu stärken“. Zum Beispiel wird die rechtswidrige Annexion der ukrainischen Oblaste Donezk, Luhansk, Cherson und Saporishshja in einem Skript der Regierung so dargestellt: „Acht Jahre lang war die Bevölkerung dieser Regionen ständigem Beschuss und Misshandlungen durch das Kiewer Regime ausgesetzt. Die Bewohner dieser Regionen wandten sich an uns und stimmten fast einstimmig für den Beitritt zur Russischen Föderation“. Insgesamt wurde der Druck auf das Bildungssystem massiv verschärft. Die Schulwoche beginnt jetzt mit einem Flaggenappell und Singen der Nationalhymne. „Patriotische Erziehung“ ist Teil des Lehrplanes. Patriotismus bedeutet für Putins Regime nicht nur eine emotionale Verbundenheit mit der eigenen Heimat oder dem Vaterland. „Wahrhaft patriotische Menschen sind bereit, ihr Vaterland mit der Waffe in der Hand zu verteidigen“, lernen die Kinder. Nach russischer Geschichtsschreibung dienten bisher alle von Russland geführten Kriege der Verteidigung – auch die Eroberung fremder Territorien.

Ich bin einst in Russland gefragt worden, ob ich ein Patriot sei. Ich habe geantwortet: „Nein. Ich bin ein deutscher Europäer.“ Gedacht habe ich damals an den zur Schau getragenen Patriotismus der Bayern, der in meinen Augen mehr ein föderaler Narzissmus ist, und insbesondere an das nationalsozialistische Deutschland, auf das man nicht stolz sein kann. Deutschlands Zukunft habe ich immer in Europa gesehen. Russen habe ich immer als Patrioten wahrgenommen. Nicht als militante Nationalisten, sondern als Patrioten, die ihr Vaterland auch dann lieben, wenn negative politische Entwicklungen ihr Leben beeinträchtigen.

Außerhalb Russlands wird ein medialer Krieg gegen den Westen im Fernsehen, im Internet und in den sozialen Netzwerken geführt. Hervorzuheben ist hier der staatliche russische Auslandssender RT (Russia Today), der sich den Anstrich eines seriösen Nachrichtensenders gibt, aber bevorzugt negativ kommentierte Nachrichten aus Europa aufgreift, faktenbasierte Nachrichten dialektisch umzudeuten versucht und Fake-Nachrichten erzeugt und verbreitet. RT bietet bekannten und weniger bekannten europakritischen Kommentatoren, Globalisierungsgegnern, Anarchisten sowie links- und rechtsradikalen Aktivisten, die das westliche demokratische System in Frage stellen, ein Forum. Die Chefredakteurin Margarita Simonjan sagt zur Ausrichtung des Senders: „Wir verteidigen unser Land, wie die Armee.“ Medialer Krieg ist also die Aufgabe von RT. Inzwischen ist RT als einziger deutschsprachiger russischer Fernsehsender nicht mehr über europäische Satelliten empfangbar, nur noch über das Internet. Der Sender hält sich nicht an die ethischen Standards für den Journalismus in Europa und hat nur eine nicht in der EU geltende serbische Sendelizenz. Eine Sendelizenz in der EU zu beantragen, lehnt er ab.

Russlandfreundliche und europafeindliche Kommentare in den sozialen Netzwerken werden von der Petersburger „Trollfabrik“ beherrscht. Die „Trollfabrik“ (auch „Troll-Armee“, „Putinbots“ oder „Web-Brigaden“ genannt) ist eine als „Internet-Forschungsinstitut“ getarnte, verdeckte Organisation von Jewgeni Prigoschin, die im Auftrag des Staates Manipulationen im Internet betreibt. Mit Hilfe fingierter Identitäten wird die öffentliche Stimmung in Online-Foren und den Kommentarbereichen von Nachrichtenseiten im Sinne der russischen Propaganda beeinflusst. Die geschätzt etwa 800 Mitarbeiter/innen betreiben in den Kommentarbereichen und Diskussionsforen nationaler und internationaler Nachrichtenportale „Astroturfing“ (politische Public-Relations-Projekte, die den Eindruck einer spontanen Graswurzelbewegung vortäuschen). Zusätzlich werden eigene Nachrichtenportale betrieben. Kommentare in den sozialen Netzwerken dienen vornehmlich der Gewinnung von Likes und der Verlinkung aufgrund von Schlagworten. Bots (im Hintergrund arbeitende automatische Computerprogramme für sich wiederholende Aufgaben; oft auch eingeschleust auf fremden Computern) übernehmen in einem weiteren Schritt das massenhafte „Likens“ der „richtigen“ Begriffe, damit sie in den Algorithmen der Suchmaschinen höher steigen, sowie in den Social-Media-Plattformen höchste Aufmerksamkeit bekommen. Es kann also durchaus sein, dass zum Beispiel internetfähige, aber kaum virengeschützte Haushaltsgeräte als Bot von Trollen missbraucht werden, ohne dass die Eigentümer dies ahnen.

Der Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat Russland von einer harten Autokratie in die Diktatur katapultiert. Totalitäre Tendenzen im Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft nehmen zu. Dies geschah nicht aus heiterem Himmel: Die jetzige Kriegszensur und die Repressionen basieren auf Gesetzen, die seit Anfang der 2010er Jahre verabschiedet wurden. Die politische Rechtlosigkeit schreitet immer schneller voran, die Propaganda ist allgegenwärtig, und die Unterdrückung von unabhängigen Medien, Opposition und Zivilgesellschaft ist allumfassend. Die Lüge wird zur Wahrheit, die Wahrheit zur Lüge. „Wenn nichts wahr ist, lässt die Macht sich nicht kritisieren, weil es keine Grundlage für diese Kritik gibt. Wenn nichts wahr ist, ist alles Spektakel,“ resümiert der bekannte Historiker Timothy Snyder. Eine faktenbasierte politische Meinung ist russischen Bürgern nicht mehr möglich. Solange Putins Gewaltherrschaft andauert, wird sich daran wohl kaum etwas ändern.

Es ist erstaunlich, dass Putin dennoch in Umfragen immer noch Zustimmungswerte von über 80 Prozent in der russischen Bevölkerung erzielt. Der überwiegende Teil der russischen Bevölkerung betrachtet das Vorgehen der russischen Streitkräfte in der Ukraine als notwendiges Übel, sieht die Schuld für die Notwendigkeit der sogenannten Spezialmilitäroperation ganz klar bei der Ukraine sowie dem Westen. Sicher gibt es – vor allem ältere – Bürger, die aus Überzeugung Putins Anspruch auf ein großrussisches Reich stützen. Andererseits zeigen die Propaganda und die Angst vor Strafverfolgung bei Kritik gegen den Krieg Wirkung; die Indoktrinierung der Bevölkerung schreitet voran. Die Kämpfe in der Ukraine werden inzwischen, den Aussagen der Regierung folgend, als Konflikt zwischen Russland und dem Westen wahrgenommen und nicht mehr nur als „Spezialoperation“ gegen die Ukraine. Damit steigt auch die Angst vor einem Weltkrieg. In einer Umfrage des unabhängigen Lewada-Instituts befürchten dies 56 Prozent der Befragten.

„Der Kreml sorgt für Stabilität und wirtschaftliche Prosperität, dafür mischen sich die anderen gesellschaftlichen Akteure nicht in die Politik ein.“ Dieses implizite Einvernehmen zwischen Bevölkerung und politischer Führung wird als „ungeschriebener Gesellschaftsvertrag“ bezeichnet. Da es der Mehrheit der Bevölkerung in der Tat besser geht als zu Sowjetzeiten und insbesondere unmittelbar nach dem Zerfall der UdSSR, hält sich die Bevölkerung mehrheitlich an diese stille Übereinkunft. Man glaubt, dass Putins Handeln richtig sei für das Wohlergehen der russischen Nation und „plappert“ unbefangen die Losungen der Propaganda nach. Auch wenn man insgeheim angesichts der Nachrichten aus der Ukraine der Meinung sein mag, dass es schwieriger

wird, an alles zu glauben, was der Präsident sagt und entscheidet, so schreckt doch das Vorgehen der Polizei und der Sicherheitsorgane gegen aufkeimende Opposition ab, seine Meinung offen zu äußern.

Man muss bedenken, dass im heutigen Russland Protest nicht nur per Gesetz verboten ist, sondern auch eine Gefahr für die persönliche Sicherheit und sogar für das eigene Leben darstellt. Das Strafgesetzbuch sieht eine Strafe von bis zu 15 Jahren Haft vor für die „öffentliche Verbreitung wissentlich falscher Informationen über den Einsatz der Streitkräfte der Russischen Föderation und/oder die Ausübung ihrer Befugnisse durch staatliche Organe der Russischen Föderation“. Wenn öffentliche Äußerungen mit Folgen für Leben und Gesundheit einhergehen, wie wir sie im heutigen Russland erleben, wird der Wunsch, sich zu äußern, stark reduziert. Seit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine herrscht in den sozialen Medien und auf den Straßen in Russland deshalb ein so genannter sanfter oder stiller Widerstand. Die Behörden haben die Bezeichnung des Krieges als „Krieg“ unter Androhung von Strafverfolgung verboten.

Das hat zu kreativem Ersatz für das Wort „Krieg“ geführt, der für jeden so verständlich ist wie das Wort selbst. Ein Beispiel: Die Wörter „Wobla“, ein Fisch der Karpfenfamilie, und „Krieg“ („Woina“) unterscheiden sich im Russischen nur durch zwei Buchstaben in der Mitte des Wortes, weshalb der Fisch „Wobla“ als Code für das Wort „Krieg“ genutzt werden kann und verstanden wird. Die Botschaft an dem Mast im nebenstehenden Bild lautet also nicht: „Kein Fisch“, sondern „Kein Krieg“.



Die Berichte über Massaker an Zivilisten in Butscha und anderen Orten und über Vergewaltigungen von Frauen in den besetzten Gebieten sind in Russland trotz des sehr eingeschränkten Zugangs zu unabhängigen Medien nicht verborgen geblieben. Gegenüber westlichen Medien haben befragte Russen ungläubig reagiert: „So etwas tun unsere Soldaten nicht!“ Und sie berufen sich dabei auch auf die russische Propaganda, die behauptet, bei den im Westen verbreiteten Bildern und Berichten über Massaker handele es sich um inszenierte Fakes mit von Statisten gespielten angeblichen Opfern. Mit falschen Anschuldigungen ukrainischer Frauen gegen die „Befreier in den annektierten Gebieten“ solle nur Hass gegen die untadelige russische Armee geschürt werden.

Ob die russische Bevölkerung derartigen Meldungen mehrheitlich glaubt oder nicht, weiß ich nicht. Festzustellen ist allerdings, dass viele Menschen in Russland mit Gleichgültigkeit oder gar Zustimmung auf die Zerstörung von Wohnhäusern und ziviler Infrastruktur in der Ukraine blicken. Alexander Baunow, russischer Journalist und politischer Analyst, ist der Ansicht, dass in Russland die industrielle und infrastrukturelle Entwicklung der ehemaligen Sowjetrepubliken zunehmend als Geschenk Russlands an die weniger entwickelten Peripherien betrachtet werde und nicht als Ergebnis einer multinationalen Anstrengung aller Völker der UdSSR. Russische Bürger befürworteten die Bombardierung der zivilen Infrastruktur in der Ukraine, weil sie diese als ihr Geschenk an die undankbaren Ukrainer betrachteten, die es nicht zu Russlands Wohl verwendeten. Folgt man diesen Gedanken, dann muss man sich auch fragen, wo die Grenzen von Putins Russlandprojekt verlaufen sollen, das stabiler werden soll als das sowjetische und zaristische Imperium? Mindestens alle ehemaligen Sowjetrepubliken müssen sich da Sorgen machen.

Die von Peter I., Katharina II. und Stalin geführten erfolgreichen Kriege, die alle zur Aneignung vormals fremder Gebiete geführt haben, sind Vorbild für Putin als Kriegsherr. Russland führt nach eigenem Bekunden in der Ukraine einen Krieg gegen den Westen. Der Top-Propagandist des russischen Fernsehens, Wladimir Solowjow, über die hohe Zahl von toten Zivilisten in der Ukraine: „Je mehr von diesen Nazis wir jetzt verbrennen, umso leichter können wir später Deutschland,

Großbritannien und Frankreich besiegen.“ Laut Solowjow wird es Zeit, „dass wir den europäischen Bastarden Respekt vor Russland beibringen“. Und schon schwadronieren die Einpeitscher in den Politshows des russischen Fernsehens über den Triumph, wenn eines Tages die russische Flagge erneut auf dem Reichstagsgebäude in Berlin gehisst werde.

Dass Russland nur militärische Ziele in der Ukraine bombardiere, behauptet die Propaganda heute nicht mehr. Die bewusste Zerstörung ziviler Infrastruktur wird inzwischen als strategisches Ziel der „Spezialoperation“ eingeräumt. In Syrien hat die systematische Bombardierung von Städten und Dörfern zu einer Fluchtwelle nach Europa geführt. Soll der Widerstandswille der Ukrainer auf gleiche Weise gebrochen und Europa von ukrainischen Flüchtlingen überschwemmt werden? Zivile Tote, zivile Verletzte, Hoffnungslose, die sich auf die Flucht machen: Die systematische Grausamkeit hat sich aus Moskauer Sicht bewährt. Die Flüchtlingskrise 2015/2016 mit den insbesondere in Europa sozialen Folgen durch die Migration brachte Putin politische Vorteile. Sie stärkte überall im Westen moskaufreundliche Rechtspopulisten, sie beflügelte den Brexit und die Trump-Wahl.

Der Krieg hat die Menschen in Russland, soweit sie nicht in der Ukraine kämpfende Angehörige oder Freunde haben, bisher wenig erreicht. Das Leben in den Städten geht weitgehend unverändert weiter wie zuvor. Einige westliche Unternehmen haben sich zwar zurückgezogen aus Russland, was in den Einkaufsmeilen und -zentren auch optisch auffällt, aber russische Unternehmen sind vielfach nachgerückt mit gleichen oder ähnlichen Konsumangeboten. Auch sind die meisten sanktionierten Konsumgüter weiter zugänglich – allerdings als graue Importe unter Umgehung der Sanktionen und damit teurer und ohne Gewährleistungen oder Updates durch die Hersteller. Wenn Westfirmen ihre Russlandgeschäfte aufgeben, können russische Unternehmen ein Schnäppchen machen. Die russische Regierung bemüht sich, die negativen Konsequenzen von Abwanderungen abzufedern. Schon am 2022 führte sie strikte Regeln ein, um „die finanzielle Stabilität des Landes unter den Bedingungen ausländischen Sanktionsdrucks sicherzustellen“. Will ein Unternehmen aus den sogenannten „unfreundlichen“, sprich: westlichen, Staaten Unternehmensanteile verkaufen, so muss eine zu diesem Zweck eingerichtete Regierungskommission den Deal vorher prüfen. Die erforderliche Genehmigung erfolgt nur, wenn der Verkauf mit einem Preisnachlass von mindestens 50 Prozent für die russischen Käufer einhergeht. 2023 verschärfte die Regierung den vorgeschriebenen Preisnachlass sogar auf bis zu 90 Prozent. Unternehmen, die dennoch entschlossen sind, ihren russischen Betrieb aufzugeben, erhalten somit nur noch einen symbolischen Preis.

Schmerzlich empfinden es die Russen, insbesondere der oberen Mittelschicht, dass sie nicht mehr mit Touristenvisa frei in Europa reisen und auch in den alternativen Urlaubszielen in der Türkei, Ägypten oder den Golfstaaten ihre Kreditkarten nicht mehr einsetzen können. Einschränkungen des gewohnten Lebensstandards gibt es also, die nehmen die Russen aber klaglos hin, wie alle bisherigen Sanktionen seit der Annexion der Krim.

Die Wirtschaftssanktionen gegen Russland zeigen aber Wirkung. Indikator ist die rückläufige Industrieproduktion. Anders als die Öl- und Gasindustrie, die im ersten Kriegsjahr trotz sinkender Exporte von den hohen Weltmarktpreisen profitieren und sich neue Absatzmärkte besonders in China und Indien – wenn auch in geringerer Menge und zu geringeren Marktpreisen – sichern konnte, steckt die Metallbranche in ernsthaften Schwierigkeiten. Am härtesten trifft es die Automobilindustrie, in der viele Beschäftigte ihren Job verloren haben und wohl so bald auch keine adäquate neue Arbeit finden werden. Den Automobilmarkt haben chinesische Fahrzeughersteller übernommen, produzieren aber nicht in Russland. Die allgemeine Arbeitslosigkeit hat sich – soweit man den veröffentlichten Zahlen trauen kann – nicht wesentlich erhöht. Das dürfte daran

liegen, dass rund 700.000 russische Staatsbürger das Land nach Beginn des Ukraine-Krieges verlassen haben, nicht nur aus Angst, eingezogen zu werden. Zumeist sind es junge, gut ausgebildete Russinnen und Russen; Arbeitskräfte, die der Wirtschaft neben den rekrutierten Männern nicht nur jetzt fehlen, sondern auch in naher Zukunft. Für Putin sind sie „Abschaum und Verräter“, die vom russischen Volk ausgespuckt werden, „wie eine Mücke, die versehentlich in ihren Mund geflogen ist.“

Elwira Nabiullina, die international geachtete Präsidentin der Russischen Nationalbank, hat zwei Monate nach dem Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine in der Duma auf den Einfluss der weitreichenden westlichen Sanktionen nicht nur auf den Finanzmarkt des Landes, sondern zunehmend auch auf die Wirtschaft hingewiesen. Wegen der Import- und Exportbeschränkungen mussten sich die Unternehmen anpassen und neue Geschäftsmodelle und Partner suchen. Die russische Führung hat inzwischen die politischen und wirtschaftlichen Akzente auf China, Indien, die Türkei, den Iran und den globalen Süden verlagert. Aber Russland ist weiterhin stark abhängig von westlicher Technologie, insbesondere in strategisch bedeutenden Sektoren, wie der Mikroelektronik, der Nukleartechnik, der Biotechnologie, Elektrotechnik und Life Science mit Importanteilen zwischen 65 und 80 Prozent. Der erschwerte Zugang zu High-Tech-Gütern wird zunehmend auf die russische Industrie durchschlagen. Nicht alles lässt sich über China und die Türkei beschaffen. Die einseitige Ausrichtung der Wirtschaft auf den von der korrupten Führungselite politisch wie ökonomisch beherrschten Export von Rohstoffen, vor allem nach Europa, und die Abhängigkeit vom Import westlicher Technologie rächt sich jetzt.

Russland hat den Kampf gegen eine Dekarbonisierung in Europa verloren. Die mit politischer und unternehmerischer Unterstützung erreichte Abhängigkeit Deutschlands von russischem Pipelinegas und die marktbeherrschende Rolle des russischen Staatskonzerns Gazprom im deutschen Gasmarkt konnte binnen weniger Monate nach dem Kriegsbeginn in der Ukraine überwunden werden. Mit Hilfe gasexportierender europäischer Staaten und durch den schnellen Aufbau einer neuen Infrastruktur für Flüssiggas aus dem Nahen Osten und den USA konnte eine ausreichende Gasversorgung Deutschlands ohne russisches Gas erreicht werden. Die Energiewende in Deutschland wird mit Nachdruck vorangetrieben, auch wenn Russland die Solar- und Windenergie als unerwünschte Konkurrenz zu fossilen Brennstoffen argumentativ und mit Cyberangriffen auf die satellitengestützte Steuerung von Windenergieanlagen bekämpft.

Putin braucht Einnahmen zur Aufrechterhaltung staatlicher Leistungen und zur Finanzierung des Krieges. Und er weiß, dass er bei stark steigenden Defiziten und eingeschränkter finanzieller Handlungsfähigkeit auch persönlich unter Druck gerät. Die gegenwärtigen Energieexporte können auch bei höherer Nachfrage bisher nicht in einem Ausmaß ausgeweitet werden, das erforderlich wäre, um die finanziellen Auswirkungen der westlichen Sanktionen gegen Öl und Gas auszugleichen. Denn um die Ölexporte zu steigern, reichen die ebenfalls durch Sanktionen beschränkten vorhandenen Tankerkapazitäten nicht aus, und höhere Gasexporte setzten kosten- und zeitaufwändige massive Investitionen in neue Pipelinesysteme und eine LNG-Produktions- und Lieferinfrastruktur voraus. Die wichtigste Frage ist jedoch: Wie soll die Öl- und Gasindustrie als Rückgrat der russischen Wirtschaft auf Dauer überleben, wenn weiterhin die Erderwärmung befeuert werden soll durch fossile Brennstoffe und im Ergebnis die Permafrostböden der sibirischen Öl- und Gasfelder tauen und standortbedingt eine Öl- und Gasförderung nicht mehr wirtschaftlich ist oder technisch unmöglich wird?

Gegenwärtig wird die russische Armee in aller Eile vergrößert, die Wirtschaft auf Rüstungsgüter ausgerichtet, und Bildung wird zum Werkzeug von Propaganda und Wehrerziehung. Das Land ist auf Krieg eingestellt. Putin hat im Dezember 2021 erklärt, dass ganz Osteuropa seine Einfluss-sphäre sei. Welche unabhängigen Staaten werden von „ganz Osteuropa“ umfasst? Die Republik

Moldau und Georgien sind sicher erste Kandidaten für weitere gewaltsame Annektionen, wenn eine russische Hegemonie nicht durch politische Infiltration oder wirtschaftliche Abhängigkeit erreicht werden kann. Die Hemmschwelle, frühere Sowjetrepubliken, die heute NATO-Mitglieder sind, gewaltsam in ein neues russisches Imperium einzubeziehen, ist sicher erheblich größer.

In Diskussionen über die völkerrechtswidrige Annektion der Krim bin ich in Russland oft gefragt worden, weshalb es bei uns keine Demonstrationen gegen die Verletzungen des Völkerrechts im Kosovo, im Irak oder in Libyen durch die USA gegeben habe. [Demonstrationen und politische Sonderwege Deutschlands hat es sehr wohl gegeben, werden aber in Russland ausgeblendet, weil nicht sein kann, was nicht sein darf.] Und überhaupt habe Deutschland kein Recht, sich über Völkerrechtsverletzungen durch Russland zu beklagen, da wir für 27 Millionen sowjetische Opfer im Zweiten Weltkrieg verantwortlich seien. Die Fakten sind nicht zu leugnen, aber sie berechtigen Russland nicht, heute die bestehenden Grenzen souveräner europäischer Staaten gewaltsam zu verändern. Ein mir namentlich unbekannter Russe soll das Grundprinzip der russischen Außenpolitik, wie ich denke, sehr treffend wie folgt formuliert haben: „Was die anderen nicht dürfen, können wir auch.“

In der russischen Gesellschaft regiert die Angst. Da ist zunächst die von der Regierung geschürte Angst, dass der Westen Russland vernichten wolle. Wider besseres Wissen wird behauptet, die NATO sei ein Angriffspakt mit dem Ziel einer Vernichtung Russlands. In Russland macht sich aber auch keine „Wagenburgmentalität“ breit, eine militärische Aufrüstung nur zur Verteidigung gegen vermeintliche Angriffe durch den Westen. Russland hat sich mit fadenscheinigen kulturhistorischen Argumenten für den Weg einer Vorwärtsverteidigung entschieden, der in Wahrheit ein Weg imperialer Machtansprüche ist.

Da ist aber auch die Angst des Einzelnen, eine existenzielle Angst, eine ohnmächtige Angst vor dem allgegenwärtigen Machtapparat, Angst vor dem Krieg, eine abstrakte Angst vor dem Chaos und auch die Angst der Oligarchen und Silowiki, ihre Privilegien und Pfründe zu verlieren. Die Angst nährt sich aus der Gewissheit, dass der Tyrann allmächtig ist und auf jeden Fall bekommt, was er will: Bisher hat er es immer bekommen, also wird es auch weiterhin so sein. Wir haben es mit Menschen zu tun, die von ihrer eigenen Machtlosigkeit überzeugt und verängstigt sind.

Aber die Russen haben das Vertrauen in ihre heroische Nation und den Stolz auf die russische Kultur und die Erfolge bei der Eroberung des Weltalls im Wettlauf mit den Amerikanern nicht verloren. Sie fühlen sich in ihrem historisch geprägten Selbstverständnis den Völkern des Westens überlegen.

Die russische Nation zehrt vom Aufstieg Russlands unter Zar Peter I. und Zarin Katherina II., vom Sieg über Napoleon und vom Sieg im Großen Vaterländischen Krieg. Eine vorurteilsfreie Aufarbeitung der Geschichte findet nicht statt. Russland ist immer noch eine heroische Gesellschaft, hat den Heroismus nicht überwunden. Europa dagegen ist heute eine postheroische Gesellschaft. Die Toleranz der Europäer gegenüber Andersdenkenden und Menschen anderer Religion, gegenüber Menschen anderer sexueller Prägung oder anderer Hautfarbe, die freiheitliche Demokratien auszeichnet, ist nicht heroisch und wird in Russland als Schwäche ausgelegt.

Die klassischen russischen Schriftsteller und Komponisten, das klassische russische Ballett und die russische Avantgarde der Kunst haben die kulturelle Entwicklung Europas maßgeblich beeinflusst. Klassische Literatur und Musik und klassisches Ballett haben immer noch einen hohen Stellenwert in Russland. Die russische Avantgarde wurde nach Stalins Machtübernahme allerdings jäh abgelöst vom sozialistischen Realismus. Zeitgenössische Kunst wird heute als nicht russisch, als dekadente Subkultur des Westens, abgelehnt.

Die Sowjetunion hat mit „Sputnik“ den ersten Satelliten in eine Umlaufbahn um die Erde gebracht, der Russe Gagarin hat als erster Mensch die Erde im Orbit umrundet und die UdSSR hat die erste bemannte Raumstation „Mir“ konstruiert und betrieben.

Gibt es Hoffnung auf ein anderes Russland in absehbarer Zeit? Ich glaube nicht. Noch wollen die Menschen in Russland nicht wahrhaben, dass Russland sich in einer Sackgasse befindet. Die Souveränität europäischer Staaten und insbesondere die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen werden nicht mehr beachtet. Russland hält sich nicht mehr an internationale Verträge und internationales Recht. Russland wendet sich ab vom demokratischen Westen und seinen Märkten und bindet sich an China. China als Partner verfolgt das erklärte Ziel, die politisch, wirtschaftlich und militärisch stärkste Weltmacht zu werden. Russland wird nur ein Juniorpartner Chinas sein, der in eine immer stärkere wirtschaftliche und politische Abhängigkeit geraten wird. Putin hat Russland in diese Abhängigkeit geführt. Je länger Putin an der Macht bleibt (oder Russland nach einem Machtwechsel beim „Putinismus“ bleibt), desto schwieriger wird es für das russische Volk werden, wieder ein allgemein geachtetes Mitglied der Weltgemeinschaft zu werden, eine zukunftsgerichtete Identität in einer multipolaren Welt zu gewinnen, ohne neoimperiales Machtstreben und ohne autoritäre Strukturen im Innern.

Da bleibt nur der Trinkspruch, mit dem der Leitende Ingenieur des Stahlkombinats Saporishshja 1991 die Delegation deutscher kommunaler Umweltfachleute, der ich als Leiter angehörte, nach einer interessanten Diskussion über die Zukunft des Stahlkombinats mit einem Gläschen Wodka verabschiedete: „Auf den Erfolg einer absolut unmöglichen Sache!“